



**Dok. 12881**

16. März 2012

## **Anwendung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen**

Mitteilung  
des Generalsekretärs des Europarats

### **Zweijahresbericht des Generalsekretärs an die Parlamentarische Versammlung**

**Dezember 2011**

#### **Einleitung**

Laut Artikel 16, Absatz 5 der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen (im Weiteren „die Charta“) ist der Generalsekretär verpflichtet, der Parlamentarischen Versammlung alle zwei Jahre einen Bericht über die Anwendung der Charta vorzulegen. Dieser sechste Bericht deckt die Jahre 2010 und 2011 ab und befasst sich mit den wichtigsten kritischen Fragen, die sich aus der Arbeitsweise der Charta ergeben.<sup>1</sup>

#### **I. Überwachung der Anwendung der Charta**

Seit dem Inkrafttreten der Charta im Jahr 1998 hat der Sachverständigenausschuss der Charta trotz des Personalmangels in seinem Sekretariat 61 Prüfberichte angenommen und 2011 im Hinblick auf einige Vertragsstaaten die fünfte Überwachungsrunde eingeleitet. Die Empfehlungen, die das Ministerkomitee an die Vertragsstaaten gerichtet hat, haben in den meisten Fällen mit den vom Sachverständigenausschuss in den Prüfberichten gemachten Vorschlägen übereingestimmt. Das Ministerkomitee wird aufgerufen, wie in den ersten Jahren der Anwendung der Charta auch weiterhin den Vorschlägen des unabhängigen Sachverständigenausschusses zu folgen, um so das Überwachungsverfahren zu stärken.

##### **1. Allgemeine Fragen**

Die Wirksamkeit der Charta wird weiterhin dadurch eingeschränkt, dass vielen Vertragsstaaten ein strukturierter Ansatz für die Umsetzung aller Verpflichtungen fehlt, die sie gemäß der Charta eingegangen sind. Die praxisorientierten Chartabestimmungen bieten den nationalen Behörden jedoch eine gute Grundlage, um gemeinsam mit den Minderheitenverbänden sowie den betreffenden regionalen und/oder Gemeindebehörden konkrete Schritte, Verwaltungszuständigkeiten und einen Zeitrahmen für die Umsetzung der einzelnen

---

<sup>1</sup> Der erste derartige Bericht des Generalsekretärs wurde der Parlamentarischen Versammlung im Jahr 2000 (Dok. 8879 vom 18. Oktober 2000) vorgelegt, der zweite Bericht erfolgte 2002 (Dok. 9540 vom 11. September 2002), der dritte 2005 (Dok. 10659 vom 3. September 2005), der vierte 2007 (Dok. 11442 vom 24. Oktober 2007) und der fünfte 2009 (Dok. 12300). Diese Berichte sind erhältlich unter [www.coe.int/minlang](http://www.coe.int/minlang).

Verpflichtungen sowie der Empfehlungen des Sachverständigenausschusses und des Ministerkomitees festzulegen. Die Umsetzung solcher Aktionspläne könnte durch die Schaffung gezielter Haushaltsmittel für jede Verpflichtung erleichtert werden, wie es dies bereits in einigen Vertragsstaaten gibt.

Die Erfahrung hat gelehrt, dass das Fehlen einer strukturierten Umsetzung der Charta und der Empfehlungen des Überwachungsverfahrens stets zu Verzögerungen bei der Einreichung der regelmäßigen Staatenberichte an den Europarat führt. Es ist besorgniserregend, dass Verzögerungen bei der Berichterstattung die Regel und nicht die Ausnahme sind und damit eine negative Auswirkung auf die Wirksamkeit des Überwachungsverfahrens haben. In immer mehr Fällen setzen die Vertragsstaaten das Charta-Sekretariat von erheblichen Verzögerungen in Kenntnis. Es muss jedoch betont werden, dass die Fristen für die Einreichung der Staatenberichte weder offiziell noch inoffiziell verlängert werden können.

Da die Vertragsstaaten gehalten sind, ihre Berichte auf die Maßnahmen zu konzentrieren, die sie zur Behebung der Mängel bei der Charta-Anwendung ergriffen haben, ergibt sich eine einfache, aber wichtige Einsicht: Eine strukturierte Umsetzung der Charta und der Empfehlungen des Überwachungsverfahrens könnte den Umfang jedes Staatsberichts verringern und den Behörden die fristgerechte Einhaltung ihrer Berichtspflicht erleichtern.

## **2. Einhaltung der Charta durch Vertragsstaaten**

Im Berichtszeitraum wurden zwölf Prüfberichte vom Ministerkomitee zur Kenntnis genommen. Die folgenden Absätze spiegeln die wichtigsten Probleme, die in den Empfehlungen des Sachverständigenausschusses und des Ministerkomitees im Zusammenhang mit diesen Berichten enthalten sind.<sup>2</sup>

### **a. Montenegro (erster Überwachungszeitraum)<sup>3</sup>**

Der einschlägige Rechtsrahmen in Montenegro bildet eine gute Grundlage für den Schutz der Regional- oder Minderheitensprachen, obwohl einige rechtliche Unklarheiten fortbestehen und die ordnungsgemäße Umsetzung dieser Bestimmungen behindern. In einigen Bereichen werden gesetzliche Gewährleistungen nicht immer in ausreichendem Umfang in die Praxis umgesetzt. Die albanische Sprache wird allgemein gut geschützt und gefördert, besonders in den Gebieten, in denen die Albanischsprachigen die Mehrheit bilden. Es besteht Bedarf, die Lehrerausbildung in Albanisch zu stärken. Im Fall des Romanes entspricht der von Montenegro ratifizierte ehrgeizige Schutzzumfang gemäß Charta nicht der tatsächlichen Lage der Sprache in Montenegro. Daher ist die Anwendung von Teil III gegenwärtig schwierig. Es wurden erste gute Schritte zur Eingliederung der Roma und Eingliederung des Unterrichts in Romanes in das Bildungswesen ergriffen. Dessen ungeachtet besteht der dringende Bedarf, Romaneslehrer einzustellen und auszubilden und geeignete Lehrmittel in Romanes zu erstellen. Zudem müssen umgehend Maßnahmen ergriffen werden, um in Zusammenarbeit mit den Romanessprachigen eine Schriftform dieser Sprache zu entwickeln und anzuwenden.

### **b. Ungarn (vierter Überwachungszeitraum)<sup>4</sup>**

Der Sachverständigenausschuss hat festgestellt, dass es notwendig ist, Langzeitstrategien und strukturierte Pläne für den Erhalt und die Förderung aller Minderheitensprachen zu entwickeln. Ferner muss der zweisprachige Unterricht auf allen Stufen mit dem Ziel verstärkt werden, vom bloßen Unterrichten der Sprache als Fach auf einen zweisprachigen Unterricht in den betreffenden Minderheitensprachen umzustellen. Dies beinhaltet die Notwendigkeit, die Zahl der Lehrer zu erhöhen, die Fächer in den betreffenden Minderheitensprachen unterrichten können, und die finanzielle Lage des Unterrichts in den Minderheitensprachen zu verbessern. In den Medien müssen die Sendedauer, der Sendeplatz und die finanzielle Unterstützung für Fernsehsendungen in den Minderheitensprachen verbessert werden. Der Sachverständigenausschuss hat die ungarischen Behörden auch dringend gebeten sicherzustellen, dass Benutzer von Minderheitensprachen Anträge in ihrer Sprache an öffentliche Dienstleistungsbetriebe stellen

---

<sup>2</sup> Die Darstellung folgt der chronologischen Reihenfolge der Veröffentlichung durch das Ministerkomitee. Die Prüfberichte und die diesbezüglichen Empfehlungen des Ministerkomitees finden sich unter [www.coe.int/minlang](http://www.coe.int/minlang) (Abschnitt „Dokumente“).

<sup>3</sup> Erster Bericht über die Anwendung der Charta in Montenegro, am 20. Januar 2010 vom Ministerkomitee veröffentlicht

<sup>4</sup> Fünfter Bericht über die Anwendung der Charta in Ungarn, am 10. März 2010 vom Ministerkomitee veröffentlicht

können. Zudem sollte Ungarn einen stabilen Finanzrahmen für den Betrieb kultureller Einrichtungen der nationalen Minderheiten schaffen. Auf Grund finanzieller Beschränkungen waren einige Merkmale der Minderheitenselbstverwaltung während des Prüfzeitraums weitgehend unwirksam.

**c. Norwegen** (vierter Überwachungszeitraum)<sup>5</sup>

Was Nordsamisch anbetrifft, erfüllt Norwegen die meisten Verpflichtungen. Gleichwohl bedarf es im Justiz- und Verwaltungsbereich weiterer Bemühungen, um Personal auszubilden oder einzustellen, das die einschlägige Terminologie in Nordsamisch beherrscht. Ein ähnliches Problem ergibt sich im Gesundheitswesen und bei den Sozialdiensten, wo es immer noch nicht genügend Mitarbeiter gibt, die Nordsamisch ausreichend beherrschen, um dem Bedarf der Sprecher zu entsprechen. Der Samische Verwaltungsbezirk wurde vergrößert, was den Schutz und die Förderung von Lulesamisch und Südsamisch erhöhen wird. Beide Sprachen befinden sich jedoch nach wie vor in einer gefährdeten Lage und es sind weitere entschlossene Schritte erforderlich, insbesondere im Bildungsbereich. Es ist beachtenswert, dass die norwegischen Behörden 2005 Kvenisch als eigenständige Sprache anerkannt haben. Der Kvenische Sprachrat wurde eingerichtet und hat seine Arbeit zur Standardisierung der Sprache aufgenommen. Es sind jedoch umgehende Bemühungen notwendig, um den Unterricht von/in Kvenisch auf allen geeigneten Stufen sowie den Gebrauch des Kvenischen im öffentlichen Bereich, insbesondere im Rundfunk, zu verbessern. Im Hinblick auf die beiden Romanesvarietäten bestehen nach wie vor ernste Schwierigkeiten im Bildungsbereich, da keine von ihnen als Schulfach unterrichtet wird.

**d. Vereinigtes Königreich** (dritter Überwachungszeitraum)<sup>6</sup>

Ein Mangel an Lehrern und ausreichenden Lehrmitteln und geeigneten Schulgebäuden gehören zu den besonderen Problemen des Schottisch-Gälischen in der Bildung. Im Verwaltungsbereich wurden Sprachpläne für Schottisch-Gälisch erstellt, was zu einer Verbesserung des Gebrauchs dieser Sprache geführt zu haben scheint. Die Lage in den Printmedien hat sich jedoch verschlechtert. Im Hinblick auf Irisch gibt es nach wie vor auf allen Stufen Mängel bei der Bereitstellung von Lehrmitteln in irischer Sprache. Im Verwaltungsbereich bleibt die Bereitstellung im Großen und Ganzen ungenügend, obwohl einzelne Gemeindebehörden Sprachpläne verabschiedet und Beauftragte für die irische Sprache ernannt haben. Es besteht daher die Notwendigkeit, eine umfassende gesetzliche Grundlage für den Schutz und die Förderung des Irischen in Nordirland zu verabschieden. Die Lage des Walisischen ist nach wie vor gut und die Behörden weisen weiterhin gute Praxisbeispiele vor. Im Gesundheitswesen und im Sozialdienst muss jedoch mit Blick auf Dienstleistungen in Walisisch noch viel getan werden. Ferner wurden die britischen Behörden aufgefordert, ein Gremium für Sprachplanung und Kultur zu gründen, das die Sprecher des Ulster-Schottischen stärker einbezieht.

**e. Slowenien** (dritter Überwachungszeitraum)<sup>7</sup>

Slowenien gewährleistet einen sehr guten Schutz der ungarischen und italienischen Sprache. Es gibt jedoch erhebliche Probleme mit dem Gebrauch des Ungarischen und Italienischen gegenüber örtlichen Dienststellen der staatlichen Verwaltung und öffentlichen Dienstleistungsbetrieben sowie bei sozialen und wirtschaftlichen Dienstleistungen. Es besteht ein klarer Bedarf an einem proaktiven Vorgehen der Behörden, um eine systematischere Umsetzung der geltenden Gesetze sicherzustellen. Ferner hat der Sachverständigenausschuss erneut darauf hingewiesen, dass die Charta die slowenischen Behörden verpflichtet, Kroatisch und Deutsch als Regional- oder Minderheitensprachen im innerstaatlichen Recht anzuerkennen und die entsprechenden angestammten Sprachgebiete festzulegen. Slowenien sollte zudem den Unterricht in Kroatisch und Deutsch ausbauen und deren Gebrauch im Rundfunk fördern. Es gab ermutigende Entwicklungen beim Schutz und der Förderung des Romanes. Schritte wurden unternommen, um das Fach „Sprache und Kultur der Roma“ an den Schulen einzuführen. Es sind jedoch weitere Bemühungen erforderlich, um das Bewusstsein um und die Akzeptanz von Romanes als Teil des slowenischen kulturellen Reichtums zu erhöhen.

**f. Ukraine** (erster Überwachungszeitraum)<sup>8</sup>

Der Sachverständigenausschuss rief die ukrainischen Behörden auf, eine strukturierte Bildungspolitik für

---

<sup>5</sup> Vierter Bericht über die Anwendung der Charta in Norwegen, am 10. März 2010 vom Ministerkomitee veröffentlicht

<sup>6</sup> Dritter Bericht über die Anwendung der Charta im Vereinigten Königreich, am 21. April 2010 vom Ministerkomitee veröffentlicht

<sup>7</sup> Dritter Bericht über die Anwendung der Charta in Slowenien, am 26. Mai 2010 vom Ministerkomitee veröffentlicht

<sup>8</sup> Erster Bericht über die Anwendung der Charta in der Ukraine, am 7. Juli 2010 vom Ministerkomitee veröffentlicht

Minderheitensprachen zu entwickeln und das Recht der Sprecher von Minderheitensprachen, in ihren Sprachen unterrichtet zu werden, zu gewährleisten. Diese Politik sollte sicherstellen, dass eine ausreichende Zahl entsprechend qualifizierter Lehrer zur Verfügung steht, die diese Minderheitensprachen beherrscht. Zudem müssen geeignete Lehrmittel für den Unterricht in der Minderheitensprache bereitgestellt werden und die Ukraine sollte auch die Verfahrensaufgaben für die Einfuhr von Literatur in diesen Sprachen aus dem Ausland lockern. Die ukrainischen Behörden wurden außerdem gebeten, die hohe Prozhürde (Mehrheit der örtlichen Bevölkerung) zu überdenken, ab der Minderheitensprachen im Verkehr mit Behörden und öffentlichen Dienstleistungsbetrieben gebraucht werden können. Einige Minderheitensprachen sind nur sehr schwach mit Sendungen im Rundfunk vertreten. Die Ukraine wurde aufgefordert sicherzustellen, dass die Quoten für Rundfunksendungen (Fernsehen und Hörfunk) sowie die Auflage, alle ausländischen Filme ins Ukrainische zu übersetzen, zu untertiteln oder nachträglich zu synchronisieren, sich nicht nachteilig auf die Übertragung von Hörfunk- und Fernsehsendungen in den Minderheitensprachen auswirken. Es besteht außerdem die Notwendigkeit, die Minderheiten bei der Einrichtung und Unterhaltung von Kulturzentren langfristig zu fördern.

**g. Kroatien** (vierter Überwachungszeitraum)<sup>9</sup>

Kroatien wurde aufgefordert, in Bildung und Medien die Bemühungen zur Förderung des Bewusstseins und der Toleranz in Bezug auf Regional- oder Minderheitensprachen fortzusetzen. Ferner ist der Gebrauch von Minderheitensprachen in staatlichen Verwaltungsorganen und öffentlichen Dienstleistungsbetrieben nach wie vor unbefriedigend. In den Gemeinden, in denen sich Minderheitensprachen formal in gleichberechtigtem und amtlichem Gebrauch befinden, reicht die Bandbreite vom gleichberechtigten Gebrauch mit Kroatisch bis zum rein symbolischen Gebrauch. Obwohl gewisse Fortschritte bei der Lehrerausbildung und den Lehrbüchern festgestellt werden konnten, gibt es in einigen Gebieten Kroatiens immer noch Schwierigkeiten mit der rechtzeitigen Übersetzung einiger Lehrbücher und der Gründung von minderheitensprachigen Klassen. Die Lage des Slowakischen, Ukrainischen und Ruthenischen im Bildungswesen hat sich nicht gebessert; es gibt immer noch keinen Unterricht in diesen Sprachen. Schließlich kam der Sachverständigenausschuss zu dem Schluss, dass Romanes in bestimmten Gebieten in Kroatien herkömmlich gesprochen wird. Auf dieser Grundlage und angesichts der Tatsache, dass die Roma eine anerkannte Minderheit in Kroatien sind, die einen gewissen Schutz genießt, hat der Sachverständigenausschuss die kroatischen Behörden aufgefordert, die Anwendung der Charta auch auf die Romasprachen zu erwägen.<sup>10</sup>

**h. Schweiz** (vierter Überwachungszeitraum)<sup>11</sup>

Der Sachverständigenausschuss begrüßt die Tatsache, dass die Schweiz das Bundessprachengesetz und das kantonale Sprachengesetz von Graubünden verabschiedet hat, was den gesetzlichen Schutz von Rätoromanisch und Italienisch erheblich verbessert. Das Angebot von Unterricht in Rätoromanisch ist nach wie vor gut, aber Prognosen zeigen, dass es in Zukunft einen Mangel an Rätoromanischlehrern geben wird, wenn die Lehrstühle an den Universitäten gestrichen werden. Die Schweizer Behörden wurden aufgefordert sicherzustellen, dass die Einführung von Rumantsch Grischun an den Schulen auf eine Weise erfolgt, die behutsam auf den Schutz und die Förderung von Rätoromanisch als lebendiger Sprache eingeht. Laut dem neuen kantonalen Sprachengesetz sind die Kantonsbehörden verpflichtet, Rätoromanisch im Verkehr mit rätoromanischsprachigen Bürgern und Gemeinden mit Rätoromanisch als Amtssprache zu gebrauchen. Es ist jedoch eine zusätzliche Sprachschulung für die Verwaltungsbediensteten der Gemeinden mit Rätoromanisch als Amtssprache nötig. Die Zusammenlegung von Gemeinden stellt eine besondere Herausforderung bei der Erhaltung des Rätoromanischen in den Gemeindeverwaltungen dar. Schließlich wurde der Kanton Tessin aufgefordert, die örtlichen Spracherhaltungsprojekte in Gurin zu unterstützen, besonders in der Bildung.

**i. Dänemark** (dritter Überwachungszeitraum)<sup>12</sup>

Der Sachverständigenausschuss hat Dänemark aufgefordert, ein proaktiveres und strukturierteres Vorgehen bei der Anwendung der Charta auf die deutsche Sprache an den Tag zu legen. In den Medien ist die Sendezeit in Deutsch eindeutig unzureichend, um die Charta einzuhalten. Die dänischen Behörden wurden folglich gebeten, die Hörfunksendungen in Deutsch wesentlich auszuweiten und Fernsehsendungen in Deutsch anzubieten. Dem

<sup>9</sup> Vierter Bericht über die Anwendung der Charta in Kroatien, am 8. Dezember 2010 vom Ministerkomitee veröffentlicht

<sup>10</sup> Siehe in dieser Hinsicht den Bericht des Menschenrechtskommissars des Europarats, CommDH(2010)20, Absatz 106 und 150.

<sup>11</sup> Vierter Bericht über die Anwendung der Charta in der Schweiz, am 8. Dezember 2010 vom Ministerkomitee veröffentlicht

<sup>12</sup> Dritter Bericht über die Anwendung der Charta in Dänemark, am 2. März 2011 vom Ministerkomitee veröffentlicht

Sachverständigenausschuss wurde mitgeteilt, dass es im Hinblick auf den Gebrauch des Deutschen bei Verwaltungsbehörden und öffentlichen Dienstleistungen, einschließlich zweisprachige Ortsschilder, keinen strukturierten Ansatz gibt. Ferner ist eine systematischere Personalpolitik nötig, um sicherzustellen, dass deutschsprachiges Personal in Sozialeinrichtungen wie z. B. Krankenhäusern zur Verfügung steht. Zudem hat der Sachverständigenausschuss die dänischen Behörden aufgefordert zu prüfen, ob Dänemark weitere Verpflichtungen aus der Charta übernehmen könnte, um der Lage des Deutschen angemessene Rechnung zu tragen. Neben dem Deutschen wurden die dänischen Behörden gebeten klarzustellen, ob Sinti herkömmlich in Dänemark beheimatet sind und wenn ja, ob sie immer noch Romanes sprechen.

**j. Deutschland** (vierter Überwachungszeitraum)<sup>13</sup>

Trotz einiger positiver Entwicklungen müssen entschiedenere Maßnahmen ergriffen werden, um die im Charta-Überwachungsverfahren benannten Mängel anzugehen. Allgemein wird die Förderung der Regional- oder Minderheitensprachen durch das Fehlen langfristiger, strukturierter politischer Konzepte in diesem Bereich auf Bundes- und Länderebene und das Fehlen eines proaktiven Ansatzes für diese Förderung beeinträchtigt. Obwohl der Unterricht in oder des Obersorbisch(en) immer noch vergleichsweise gut entwickelt ist, muss sichergestellt werden, dass das Angebot nicht durch Veränderungen des Bildungswesens in Bezug auf diese Sprache gefährdet wird. Es besteht der dringende Bedarf, eine strukturierte Strategie für die Förderung und Bewahrung des Nordfriesischen, Saterfriesischen und Niedersorbischen zu verabschieden und umzusetzen, darunter dringende Maßnahmen im Bildungsbereich. Obwohl es einige Verbesserungen für Niederdeutsch gab, sind weitere Maßnahmen erforderlich, besonders im Bildungsbereich. Die Verwendung von Regional- oder Minderheitensprachen gegenüber Verwaltungsbehörden ist nach wie vor selten und umfassende Richtlinien und organisatorische Maßnahmen fehlen meist. In den Medien müssen Maßnahmen ergriffen werden, um angemessene Hörfunk- und Fernsehsendungen in Dänisch, Niederdeutsch, Niedersorbisch, Nordfriesisch, Saterfriesisch und Romanes anzubieten.

**k. Schweden** (vierter Überwachungszeitraum)<sup>14</sup>

Der Sachverständigenausschuss hat angemerkt, dass es trotz einiger positiver Entwicklungen immer noch Mängel im Bildungsbereich gibt. Das Bildungssystem verlässt sich zu sehr auf den sogenannten „Muttersprachenunterricht“, was ungenügend ist und in vielen Fällen reine Alibifunktion hat. Das Problem wird durch einen dringlichen Mangel an qualifizierten Lehrern verschärft, da der bestehende Bedarf für alle Regional- oder Minderheitensprachen nicht gedeckt wird. Außerdem gibt es keine ordnungsgemäße Planung, ganz zu schweigen Lösung für das Problem des absehbaren höheren Lehrerberarfs, der sich aus einem neu erwachten Interesse an Regional- oder Minderheitensprachen als „Kulturgut“ ergibt. Unzureichende und ungeeignete Lehrmittel sind ebenfalls für alle Regional- oder Minderheitensprachen in Schweden ein Problem. In diesem Zusammenhang befindet sich der Unterricht in Samisch und Finnisch in einer kritischen Lage. Der zweisprachige Unterricht hat abgenommen, und es herrscht Lehrermangel, der durch das Versäumnis verschärft wird, in die Lehrerausbildung zu investieren. In Bezug auf den Unterricht in Meänkieli konnten keine Verbesserungen festgestellt werden. Der Mangel an Lehrern und Lehrmitteln beeinträchtigt den Meänkieliunterricht.

**l. Polen** (erster Überwachungszeitraum)<sup>15</sup>

Polen wurde aufgefordert, im Kindergarten, in der Grundschule und in der Sekundarschule in Weißrussisch, Deutsch, Kaschubisch, Lemkisch und Ukrainisch zu unterrichten. Zu diesem Zweck sollten die polnischen Behörden eine ausreichende Zahl von Lehrern ausbilden, die Fächer in diesen Sprachen unterrichten können. Polen sollte auch das Angebot an Rundfunksendungen in allen Regional- oder Minderheitensprachen ausweiten. Im Hinblick auf den Gebrauch von Regional- oder Minderheitensprachen im Verkehr mit Gemeinde- und Regionalbehörden sowie auf Ortsschildern wurden die polnischen Behörden aufgefordert, die Anwendung der 20%-Hürde zu überdenken. Außerdem sollte die gesetzliche Möglichkeit geschaffen werden, diese Sprachen im Verkehr mit Kreisen und Wojewodschaften zu verwenden. Angesichts der weitreichenden Verpflichtungen, die Polen eingegangen ist, sind eine strukturierte Politik und flexible Maßnahmen erforderlich, um die Anwendung der Charta auf Armenisch, Tschechisch, Karaimisch, Romanes, Russisch, Slowakisch, Tatarisch und Jiddisch zu

---

<sup>13</sup> Vierter Bericht über die Anwendung der Charta in Deutschland, am 25. Mai 2011 vom Ministerkomitee veröffentlicht

<sup>14</sup> Vierter Bericht über die Anwendung der Charta in Schweden, am 12. Oktober 2011 vom Ministerkomitee veröffentlicht

<sup>15</sup> Erster Bericht über die Anwendung der Charta in Polen, am 7. Dezember 2011 vom Ministerkomitee veröffentlicht

erleichtern. Ferner sollte Polen in der ganzen polnischen Gesellschaft das Bewusstsein um und die Toleranz gegenüber den Regional- oder Minderheitensprachen und den mit ihnen verbundenen Kulturen fördern.

\*\*\*

Die Empfehlungen des Sachverständigenausschusses und des Ministerkomitees bilden eine gute Grundlage für ein Handeln der Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung, um die Lage der Regional- oder Minderheitensprachen in den einzelnen Mitgliedstaaten zu fördern.

## **II. Vorbereitungen für die Ratifizierung der Charta in Mitgliedstaaten des Europarats**

Die Charta ist *der* europäische Vertrag zum Schutz und zur Förderung der Sprachen alteingesessener Minderheiten. Bedauerlicherweise spiegelt sich die Bedeutung der Charta nicht in der Zahl der Ratifizierungen. Weist das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten 39 Vertragsstaaten auf, so wurde die Charta bisher nur von 25 Mitgliedstaaten des Europarats ratifiziert und von acht weiteren Mitgliedstaaten unterzeichnet.<sup>16</sup> Während des Prüfzeitraums wurde die Charta von Bosnien und Herzegowina ratifiziert, dem Land, das 2005 auch das letzte Land war, das die Charta unterzeichnet hat.

Wie bereits in allen vorausgegangenen Zweijahresberichten erwähnt, ist es sehr enttäuschend, dass eine erhebliche Zahl von Mitgliedstaaten des Europarats bisher nicht Vertragsparteien der Charta geworden sind.

Die Charta legt wesentlich ausführlichere Verpflichtungen fest als das Rahmenübereinkommen und verwendet einen „Menü“-Ansatz. Diese Stärke, nämlich das Ergreifen maßgeschneiderter Maßnahmen für jede Regional- oder Minderheitensprache in einem Land, trägt dazu bei, die Ratifizierung zu verzögern, weil die nationalen Behörden spezifische Ratifizierungsurkunden vorbereiten müssen. Gleichzeitig weisen viele Nicht-Vertragsstaaten der Charta bereits eine lange Tradition des Schutzes und der Förderung ihrer Regional- oder Minderheitensprachen auf der Grundlage nationaler Gesetze und des Rahmenübereinkommens auf und könnten somit die Charta ratifizieren. Mitgliedstaaten, welche die Ratifizierung vorbereiten, können eine Rechtsberatung von Europarat-Sachverständigen in Anspruch nehmen, um diesen Prozess zu unterstützen. Diese Beratung könnte Staaten insbesondere dabei helfen, durch das volle Ausschöpfen der Flexibilität der Charta maßgeschneiderte Lösungen für etwaige konkrete Bedenken zu entwickeln.

### **1. Staaten, die sich beim Europaratbeitritt zur Ratifizierung der Charta verpflichtet haben**

Bosnien und Herzegowina hat seine beim Europaratbeitritt eingegangene Verpflichtung zur Ratifizierung der Charta 2010 erfüllt. Bei der Vorbereitung der Ratifizierung haben die Behörden den Europarat im Hinblick auf die Ratifizierungsurkunde zu Rate gezogen und in Zusammenarbeit mit unserer Organisation eine Anhörung für Minderheitenverbände durchgeführt, um diese über die Charta zu unterrichten. Dieses transparente und kooperative Vorgehen bei der Ratifizierung ist lobenswert.

Allerdings haben sechs Staaten, die sich beim Europaratbeitritt zur Charta-Ratifizierung verpflichtet hatten, dies bisher noch nicht getan. Von diesen Staaten haben zwei (Albanien und Georgien) die Charta noch nicht einmal unterzeichnet.

---

<sup>16</sup> Siehe Anhang 1 und 3

| Mitgliedstaat  | Stellungnahme der Parlamentarischen Versammlung | Frist für die Unterzeichnung und Ratifizierung der Charta | Datum der Unterzeichnung |
|--|---|---|--------------------------|
| <b>Albanien</b>                                      | 189(1995)                                       |   |                          |
| <b>Aserbaidshon</b>                                  | 222(2000)                                       | 25/01/2002  | 21/12/2001               |
| <b>Georgien</b> <sup>17</sup>                        | 209(1999)                                       | 27/04/2000  |                          |
| <b>Moldau</b> <sup>18</sup>                          | 188(1995)                                       | 13/07/1996  | 11/07/2002               |
| <b>Russische Föderation</b>                          | 193(1996)                                       | 28/02/1998  | 10/05/2001               |
| <b>„ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“</b> | 191(1995)                                       | 09/11/1996  | 25/07/1996               |

Auch wenn man die komplexe Art der Fragen berücksichtigt, mit denen sich ein Staat auseinandersetzen muss, wenn er die Ratifizierung der Charta plant, wird von den betreffenden Staaten erwartet, alle erforderlichen Schritte zu ergreifen, damit der Ratifizierungsprozess ohne weitere Verzögerung abgeschlossen werden kann.

In den aufgeführten Staaten haben die folgenden einschlägigen Entwicklungen während des Berichtszeitraums stattgefunden bzw. nicht stattgefunden:

**a. Albanien**

Dem Europarat wurden keine Maßnahmen im Hinblick auf die Unterzeichnung und Ratifizierung der Charta zur Kenntnis gebracht. Die albanischen Behörden sind aufgefordert, den Ratifizierungsprozess der Charta zu beginnen, für den der Europarat seine Unterstützung anbietet.

**b. Aserbaidshon**

Anfang 2011 wurde den aserbaidshonischen Behörden ein Vorschlag für ein Gemeinsames Programm von EU und Europarat zur Erleichterung der Chartaratifizierung unterbreitet, von Aserbaidshon hierzu aber bisher keine Entscheidung getroffen. Aserbaidshon wird aufgefordert, die vom Europarat angebotene Rechtsberatung durch Sachverständige zu nutzen, um eine Ratifizierungsurkunde zu erarbeiten, die alle konkreten Bedenken, die in diesem Land bestehen, berücksichtigt.

**c. Georgien**

Obwohl die georgischen Behörden 2009 an Tagungen zur Charta in Tiflis teilgenommen haben, nahmen sie 2011 das Angebot eines Gemeinsamen Programms von EU und Europarat zur Erleichterung der Ratifizierung nicht an. Georgien wird aufgefordert, die vom Europarat angebotene Rechtsberatung zu nutzen.

**d. Moldau**

Die moldauischen Behörden kündigten im Oktober 2011 die Einsetzung einer Arbeitsgruppe an, deren Auftrag es ist, in der ersten Jahreshälfte 2012 einen Entwurf der Charta-Ratifizierungsurkunde zu verfassen. Die Arbeitsgruppe wird aus Vertretern der Behörden, der nationalen Minderheiten und aus Sachverständigen

<sup>17</sup> Georgiens Charta-Ratifizierung ist auch im Aktionsplan zur Individuellen Partnerschaft mit der NATO (2004) als Verpflichtung festgelegt.

<sup>18</sup> Moldaus Charta-Ratifizierung ist auch im Aktionsplan zur Individuellen Partnerschaft mit der NATO (2006) als Verpflichtung festgelegt.

bestehen, die mit Europarat-Sachverständigen zusammenarbeiten werden. Dieser konstruktive Schritt zur Vorbereitung des Ratifizierungsgesetzes wird begrüßt.

**e. Russische Föderation**

Von 2009 bis 2012 haben der Europarat, die Europäische Union und die Russische Föderation ein Gemeinsames Programm „Minderheiten in Russland: Entwicklung von Sprachen, Kultur, Medien und Bürgergesellschaft“ umgesetzt, das u.a. zum Ziel hatte, verschiedene Behörden zu unterstützen, die an der zukünftigen Ratifizierung und Umsetzung der Charta beteiligt sein würden. Zu diesem Zweck wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe gegründet, die auf Sachverständigenebene die rechtlichen, politischen und interethnischen Fragen im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit erörterte. Ein Vorschlag für den Entwurf einer Ratifizierungsurkunde, der von unabhängigen Sachverständigen vorbereitet worden war, wurde bei einem Treffen der gemeinsamen Arbeitsgruppe 2011 erörtert. Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der Tatsache, dass die Russische Föderation der erste Staat ist, der den Europarat institutionell in seine Vorbereitungen zur Charta-Ratifizierung einbezieht, werden die russischen Behörden dringend aufgefordert, die Arbeit der gemeinsamen Arbeitsgruppe nach Ablauf des Gemeinsamen Programms zwecks Erleichterung der Ratifizierung in angemessener Weise fortzuführen.

**f. „Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“**

Wie bereits in meinem vorausgegangenen Bericht erwähnt, haben die Behörden der „ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien“ 2009 die Vertreter der nationalen Minderheiten ihres Landes unterrichtet, dass sie bald die Charta ratifizieren würden. Dem Europarat sind jedoch keine zusätzlichen Maßnahmen bekannt, die während des Berichtszeitraums im Hinblick auf die Charta-Ratifizierung ergriffen wurden. Der Europarat ist jederzeit bereit, die Behörden der „ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien“ bei ihren abschließenden Vorbereitungen für den Beitritt zur Charta zu unterstützen.

**2. Weitere Nicht-Vertragsstaaten**

In Frankreich wurden 2011 im französischen Parlament zwei Entwürfe eines Gesetzes für die Förderung der Regionalsprachen erörtert, was zu einer erneuten Debatte über die Möglichkeit einer Charta-Ratifizierung geführt hat. Allgemein ist das Bewusstsein um die Charta in Frankreich höher als in anderen Nicht-Vertragsstaaten.

Der Europarat hat keine Erkenntnisse über Maßnahmen, die von anderen betroffenen Mitgliedstaaten mit Blick auf die Ratifizierung der Charta ergriffen wurden, namentlich Andorra, Belgien, Bulgarien, Estland, Griechenland, Island, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Malta, Monaco, Portugal, San Marino und Türkei.

\*\*\*

Im Laufe der Jahre hat die Charta erheblich von der beständigen Unterstützung der Parlamentarischen Versammlung profitiert. Insbesondere seit Mitte der 1990er Jahre hat die Parlamentarische Versammlung auf der Notwendigkeit der Unterzeichnung und Ratifizierung als Voraussetzung für eine Aufnahme neuer Staaten in die Organisation bestanden. Das fortdauernde Interesse der Parlamentarischen Versammlung wird sicherlich neue Ratifizierungen der Charta sowohl mit Blick auf jüngst beigetretene als auch ältere Mitgliedstaaten fördern.

### III. Ergänzung und Übereinstimmung: Synergien mit dem Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz

In Folge der Neustrukturierung des Europarat-Sekretariats, die am 1. Oktober 2011 in Kraft trat, bilden die Sekretariate der Charta, des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten und der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (EKRI) eine Unterabteilung innerhalb der neuen GDII. Dieser Schritt sollte die bestehenden Synergien zwischen den zwei Minderheitenabkommen und EKRI sowie den entsprechenden Überwachungsorganen noch verstärken.

Was die Charta und das Rahmenübereinkommen anbelangt, ist allgemein bekannt, dass sich beide Abkommen *ergänzen*. Das Rahmenübereinkommen legt individuelle Rechte für Angehörige nationaler Minderheiten fest. Diese Rechte ergänzen die rechtlichen Verpflichtungen der Vertragsstaaten, die in der Charta enthalten sind, reichen aber eindeutig über sprachliche Belange hinaus. Weniger bekannt dürfte sein, dass es auch eine große *Übereinstimmung* zwischen der Charta und den Bestimmungen des Rahmenübereinkommens gibt. Letzteres enthält sprachbezogene Bestimmungen, die mit einer größeren Zahl von Chartabestimmungen übereinstimmen als die Zahl, die ein Staat bei der Ratifizierung von Teil III der Charta auswählen muss. Dieser Gesichtspunkt sollte weitere Charta-Ratifizierungen durch die betreffenden Vertragsstaaten des Rahmenübereinkommens politisch und rechtlich erleichtern.<sup>19</sup>

Bereits jetzt verstärken sich die beiden Abkommen während des Überwachungsverfahrens gegenseitig. Ein Beispiel ist, dass während des Berichtszeitraums sechs Gutachten des Beratenden Ausschusses zum Rahmenübereinkommen in Bezug auf Charta-Vertragsstaaten veröffentlicht wurden, die in diesem Zeitraum keiner Überwachung durch den Sachverständigenausschuss der Charta unterlagen.<sup>20</sup> Obwohl sich diese Konstellation selbstverständlich rein zufällig ergab, wird die Übereinstimmung der beiden Abkommen immer sicherstellen, dass einige Fragen des Schutzes von Minderheitensprachen in bestimmten Vertragsstaaten selbst zwischen zwei Überwachungszeiträumen der Charta einer Überwachung unterzogen werden. In ähnlicher Weise profitiert die Umsetzung des Rahmenübereinkommens vom Überwachungsverfahren der Charta, u.a. von seinen kürzeren Abständen (drei Jahre im Gegensatz zu den fünf Jahren des Rahmenübereinkommens).

Die Zusammenarbeit auf der Grundlage gemeinsamen Fallrechts wurde auch vor Ort fortgeführt. 2011 haben z.B. Vertreter der zwei Überwachungsausschüsse eine Implementierungstagung in Slowenien durchgeführt. Diese Tagung wurde vorgeschlagen, nachdem der Sachverständigenausschuss und der Beratende Ausschuss in ihren jeweiligen Prüfberichten Bedenken geäußert hatten, es gebe im Hinblick auf die Anwendung der beiden Abkommen praktisch keinen Dialog zwischen den slowenischen Behörden und den Verbänden der Sprecher der Regional- oder Minderheitensprachen.

Im Rahmen der Überwachung aller 47 Mitgliedstaaten widmet EKRI den Rechten der Minderheitensprachen besondere Aufmerksamkeit und betont die Notwendigkeit, die Charta zu ratifizieren. In ihrem vierten Überwachungsdurchgang hat EKRI bereits diesbezügliche Empfehlungen an die zuständigen Stellen von sieben Staaten ausgesprochen und wird dies bis zum Ende ihres Überwachungszeitraums 2013 auch weiterhin im Hinblick auf andere Staaten tun, die bisher noch keine Charta-Vertragsstaaten sind. Darüber hinaus hat EKRI den Behörden eines Charta-Vertragsstaats empfohlen, die Gesetze über den Gebrauch von Sprachen nationaler Minderheiten dergestalt zu überarbeiten, dass sie die vom Sachverständigenausschuss der Charta ausgesprochenen Empfehlungen berücksichtigen.

Allgemein hat EKRI in ihren Berichten die staatlichen Behörden dringend aufgefordert, ihre Bemühungen zur Förderung des minderheitensprachigen Unterrichts weiter zu verfolgen, einschließlich einer angemessenen Lehrerausbildung. Besonders mit Blick auf einen Staat hat EKRI eine konkrete Empfehlung ausgesprochen, deren vorrangige Umsetzung EKRI innerhalb von zwei Jahren von den Behörden forderte; sie soll sicherstellen, dass die Lehrer, die für das Unterrichten in der Amtssprache als Fremdsprache ausgebildet sind, die Sprache der Minderheitenschüler kennen, die sie unterrichten.

---

<sup>19</sup> Die Mitgliedstaaten, die das Rahmenübereinkommen, nicht aber die Charta ratifiziert haben, sind: Albanien, Aserbaidschan, Bulgarien, Estland, Georgien, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Malta, Moldau, Portugal, Russische Föderation, San Marino und die „ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“. Siehe auch Ewa Chylinski/Mahulena Hofmannová (Hrsg.): Ready for Ratification. Early Compliance of non-States Parties with the European Charter for Regional or Minority Languages, European Centre for Minority Issues 2011

<sup>20</sup> Bosnien und Herzegowina, Zypern, Ungarn, Niederlande, Serbien und die Slowakische Republik

EKRI hat den Minderheitensprachen im Rahmen der Bekämpfung von Rassismus und Intoleranz und auch in ihrer Arbeit zu allgemeinen Themen gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. So hat EKRI z. B. in ihrer letzten allgemeinen politischen Empfehlung Nr. 13 über die Bekämpfung von Romafeindlichkeit und Diskriminierung von Roma von den Mitgliedstaaten gefordert, Romaschülern auf Antrag der Eltern Unterricht in ihrer Muttersprache anzubieten und sicherzustellen, dass die Lehrbücher Informationen in der Sprache der Roma enthalten.

\*\*\*

Vor dreißig Jahren, am 7. Oktober 1981, verabschiedete die Parlamentarische Versammlung Empfehlung 928, in der sie die Staaten aufforderte, den Gebrauch der Minderheitensprachen im öffentlichen Leben zu fördern. Wie sich später herausstellte, hat Empfehlung 928 den Entwurfsprozess der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen ausgelöst.

Die Beziehung zwischen Charta und Parlamentarischer Versammlung ist nach wie vor außergewöhnlich, wofür dieser Bericht Zeugnis ablegt. Kein anderes Abkommen des Europarats verlangt vom Generalsekretär, eigene Berichte über dessen Anwendung vorzulegen. Jeder Zweijahresbericht bietet somit den europäischen Parlamentariern regelmäßig die Gelegenheit, den Grad der Umsetzung der Charta sowie, in gewissem Umfang, des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten und der EKRI-Empfehlungen zu prüfen. Dergestalt spielen sie bei der Verbesserung der Umsetzung von europäischen Normen in diesem Bereich eine wichtige Rolle.

**Anhang 1**

**Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen**  
**SEV-Nr.: 148**

Vertrag aufgelegt zur Unterzeichnung durch die Mitgliedstaaten und zum Beitritt durch Nichtmitgliedstaaten

**Zeichnung**  
 Ort: Straßburg  
 Datum: 5/11/1992

**Inkrafttreten**  
 Bedingungen: 5 Ratifizierungen.  
 Datum: 1/3/1998

**Datum 16/1/2012**

Mitgliedstaaten des Europarats

| Staaten                                     | Unterzeichnung | Ratifizierung | Inkrafttreten | Hinw. | V. | E. | O. | T. | M. | Ew |
|---|----------------|---------------|---------------|-------|----|----|----|----|----|----|
| Albanien                                    |                |               |               |       |    |    |    |    |    |    |
| Andorra                                     |                |               |               |       |    |    |    |    |    |    |
| Armenien                                    | 11/5/2001      | 25/1/2002     | 1/5/2002      |       |    | X  |    |    |    |    |
| Aserbajdschan                               | 21/12/2001     |               |               |       |    | X  |    |    |    |    |
| Belgien                                     |                |               |               |       |    |    |    |    |    |    |
| Bosnien und Herzegowina                     | 7/9/2005       | 21/9/2010     | 1/1/2011      |       |    | X  |    |    |    |    |
| Bulgarien                                   |                |               |               |       |    |    |    |    |    |    |
| Dänemark                                    | 5/11/1992      | 8/9/2000      | 1/1/2001      |       |    | X  |    |    | X  |    |
| Deutschland                                 | 5/11/1992      | 16/9/1998     | 1/1/1999      |       |    | X  |    |    |    |    |
| Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien | 25/7/1996      |               |               |       |    |    |    |    |    |    |
| Estland                                     |                |               |               |       |    |    |    |    |    |    |
| Finnland                                    | 5/11/1992      | 9/11/1994     | 1/3/1998      |       |    | X  |    |    |    |    |
| Frankreich                                  | 7/5/1999       |               |               |       |    | X  |    |    |    |    |
| Georgien                                    |                |               |               |       |    |    |    |    |    |    |
| Griechenland                                |                |               |               |       |    |    |    |    |    |    |
| Irland                                      |                |               |               |       |    |    |    |    |    |    |
| Island                                      | 7/5/1999       |               |               |       |    |    |    |    |    |    |
| Italien                                     | 27/6/2000      |               |               |       |    |    |    |    |    |    |
| Kroatien                                    | 5/11/1997      | 5/11/1997     | 1/3/1998      |       | X  | X  |    |    |    |    |
| Lettland                                    |                |               |               |       |    |    |    |    |    |    |
| Liechtenstein                               | 5/11/1992      | 18/11/1997    | 1/3/1998      |       |    | X  |    |    |    |    |
| Litauen                                     |                |               |               |       |    |    |    |    |    |    |
| Luxemburg                                   | 5/11/1992      | 22/6/2005     | 1/10/2005     |       |    |    |    |    |    |    |
| Malta                                       | 5/11/1992      |               |               |       |    |    |    |    |    |    |
| Moldau                                      | 11/7/2002      |               |               |       |    |    |    |    |    |    |
| Monaco                                      |                |               |               |       |    |    |    |    |    |    |
| Montenegro                                  | 22/3/2005      | 15/2/2006     | 6/6/2006      | 56    |    |    |    |    |    |    |

|                        |            |            |           |    |   |   |  |  |  |
|------------------------|------------|------------|-----------|----|---|---|--|--|--|
| Niederlande            | 5/11/1992  | 2/5/1996   | 1/3/1998  |    | X | X |  |  |  |
| Norwegen               | 5/11/1992  | 10/11/1993 | 1/3/1998  |    | X |   |  |  |  |
| Österreich             | 5/11/1992  | 28/6/2001  | 1/10/2001 |    | X |   |  |  |  |
| Polen                  | 12/5/2003  | 12/2/2009  | 1/6/2009  |    | X |   |  |  |  |
| Portugal               |            |            |           |    |   |   |  |  |  |
| Rumänien               | 17/7/1995  | 29/1/2008  | 1/5/2008  |    | X |   |  |  |  |
| Russland               | 10/5/2001  |            |           |    |   |   |  |  |  |
| San Marino             |            |            |           |    |   |   |  |  |  |
| Schweden               | 9/2/2000   | 9/2/2000   | 1/6/2000  |    | X |   |  |  |  |
| Schweiz                | 8/10/1993  | 23/12/1997 | 1/4/1998  |    | X |   |  |  |  |
| Serbien                | 22/3/2005  | 15/2/2006  | 1/6/2006  | 56 | X |   |  |  |  |
| Slowakei               | 20/2/2001  | 5/9/2001   | 1/1/2002  |    | X |   |  |  |  |
| Slowenien              | 3/7/1997   | 4/10/2000  | 1/1/2001  |    | X |   |  |  |  |
| Spanien                | 5/11/1992  | 9/4/2001   | 1/8/2001  |    | X |   |  |  |  |
| Tschechische Republik  | 9/11/2000  | 15/11/2006 | 1/3/2007  |    | X |   |  |  |  |
| Türkei                 |            |            |           |    |   |   |  |  |  |
| Ukraine                | 2/5/1996   | 19/9/2005  | 1/1/2006  |    | X |   |  |  |  |
| Ungarn                 | 5/11/1992  | 26/4/1995  | 1/3/1998  |    | X |   |  |  |  |
| Vereinigtes Königreich | 2/3/2000   | 27/3/2001  | 1/7/2001  |    | X | X |  |  |  |
| Zypern                 | 12/11/1992 | 26/8/2002  | 1/12/2002 |    | X |   |  |  |  |

## Nichtmitgliedstaaten des Europarats

| Staaten | Unterzeichnung | Ratifizierung | Inkrafttreten | Hinw. | V. | E. | O. | T. | M. | Ew |
|---------|----------------|---------------|---------------|-------|----|----|----|----|----|----|
|---------|----------------|---------------|---------------|-------|----|----|----|----|----|----|

|   |    |
|---|----|
| Gesamtzahl der Unterzeichnungen ohne Ratifizierung: | 8  |
| Gesamtzahl der Ratifizierungen/Beitritte:           | 25 |

**Hinweise:**

(56) Daten der Unterzeichnung und Ratifizierung durch den Staatenbund Serbien und Montenegro.  
b.: Beitritt - na.: Nachfolge - r.: Unterzeichnung "ad referendum" - u.: Unterzeichnung ohne Vorbehalt der Ratifizierung.

V.: Vorbehalte - E.: Erklärungen - O.: Obrigkeiten - T.: Territorialer Anwendungsbereich - M.: Mitteilungen - Ew: Einwand.

Quelle: Vertragsbüro auf <http://conventions.coe.int>

## Anhang 2

## Von der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen geschützte Sprachen

Stand: 1. Dezember 2011

| Sprache              | Vertragsstaat   | Schutzzumfang gemäß Charta (Artikel, die auf die betreffenden Sprachen Anwendung finden)   |
|----------------------|---|--|
| Albanisch            | Bosnien und Herzegowina<br>Montenegro<br>Rumänien<br>Serbien                                  | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Arabisch             | Spanien   | Teil II (Artikel 7)  |
| Aragonesisch         | Spanien   | Teil II (Artikel 7)  |
| Aranesisch           | Spanien   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)  |
| Armenisch            | Zypern<br>Ungarn<br>Polen<br>Rumänien   | Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)   |
| Assyrisch            | Armenien  | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)  |
| Asturisch            | Spanien   | Teil II (Artikel 7)  |
| Baskisch             | Spanien   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)  |
| Beás                 | Ungarn  | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)  |
| Weißrussisch         | Armenien<br>Polen<br>Ukraine  | Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)  |
| Berberisch           | Spanien   | Teil II (Artikel 7)  |
| Bosnisch             | Montenegro<br>Serbien   | Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Bulgarisch           | Ungarn<br>Rumänien<br>Serbien<br>Slowakei<br>Ukraine  | Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)  |
| Bunjewakisch         | Serbien   | Teil II (Artikel 7)  |
| Burgenland-Kroatisch | Österreich  | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)  |
| Caló                 | Spanien   | Teil II (Artikel 7)  |
| Katalanisch          | Spanien   | Teil II (Artikel 7) oder Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) <sup>*21</sup>  |
| Kornisch             | Vereinigtes Königreich  | Teil II (Artikel 7)  |
| Krimtatarisch        | Ukraine   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)  |
| Kroatisch            | Ungarn<br>Montenegro<br>Rumänien<br>Serbien<br>Slowakei<br>Slowenien                          | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)  |
| Zyprisches Arabisch  | Zypern  | Teil II (Artikel 7)  |
| Tschechisch          | Österreich<br>Bosnien und Herzegowina<br>Kroatien<br>Polen<br>Rumänien<br>Serbien<br>Slowakei | Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) |

<sup>21</sup> In einigen Teilen des Staates wird die genannte Sprache nur von Teil II geschützt, während sie in anderen Teilen auch unter Teil III fällt. In der vorliegenden Tabelle sind diese Fälle mit einem Sternchen versehen (\*).

|                 |   |   |
|-----------------|---|---|
| Dänisch         | Deutschland   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Finnisch        | Schweden  | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Französisch     | Schweiz   | Teil II (Artikel 7)   |
| Friesisch       | Niederlande   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Gagausisch      | Ukraine   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Galicisch       | Spanien   | Teil II (Artikel 7) <i>oder</i> Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)*  |
| Georgisch       | Armenien  | Teil II (Artikel 7)   |
| Deutsch         | Armenien<br>Bosnien und Herzegowina<br>Tschechische Republik<br>Dänemark<br>Ungarn<br>Polen<br>Rumänien<br>Serbien<br>Slowakei<br>Slowenien<br>Schweiz<br>Ukraine | Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) |
| Griechisch      | Armenien<br>Ungarn<br>Rumänien<br>Ukraine   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)  |
| Ungarisch       | Österreich<br>Bosnien und Herzegowina<br>Kroatien<br>Rumänien<br>Serbien<br>Slowakei<br>Slowenien<br>Ukraine  | Teil II (Artikel 7) <i>oder</i> Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)*<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Inarisami       | Finnland  | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Irisch          | Vereinigtes Königreich  | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Italienisch     | Bosnien und Herzegowina<br>Kroatien<br>Rumänien<br>Slowenien<br>Schweiz   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Karaimisch      | Polen<br>Ukraine  | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)  |
| Karelisch       | Finnland  | Teil II (Artikel 7)   |
| Kaschubisch     | Polen   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Krimtschakisch  | Ukraine   | Teil II (Artikel 7)   |
| Kurdisch        | Armenien  | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Kvenisch        | Norwegen  | Teil II (Artikel 7)   |
| Ladino          | Bosnien und Herzegowina   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Lemkisch        | Polen   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Limburgisch     | Niederlande   | Teil II (Artikel 7)   |
| Litauisch       | Polen   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Niederdeutsch   | Deutschland   | Teil II (Artikel 7) <i>oder</i> Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)*  |
| Niedersächsisch | Niederlande   | Teil II (Artikel 7)   |
| Niedersorbisch  | Deutschland   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Lulesami        | Norwegen  | Teil II (Artikel 7)   |

|                 |  |  |
|-----------------|--|--|
|                 | Schweden   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)  |
| Mazedonisch     | Bosnien und Herzegowina<br>Rumänien<br>Serbien   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7)  |
| Manx-Gälisch    | Vereinigtes Königreich   | Teil II (Artikel 7)  |
| Meänkieli       | Schweden   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)  |
| Moldauisch      | Ukraine  | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)  |
| Montenegrinisch | Bosnien und Herzegowina  | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)  |
| Nordfriesisch   | Deutschland  | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)  |
| Nordsamisch     | Finnland<br>Norwegen<br>Schweden   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) <i>oder</i> Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)*<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Polnisch        | Armenien<br>Bosnien und Herzegowina<br>Tschechische Republik<br>Ungarn<br>Rumänien<br>Slowakei<br>Ukraine  | Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)  |
| Portugiesisch   | Spanien  | Teil II (Artikel 7)  |
| Romanes         | Niederlande<br>Norwegen  | Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7)   |
| Romanes         | Österreich<br>Bosnien und Herzegowina<br>Tschechische Republik<br>Finnland<br>Deutschland<br>Ungarn<br>Montenegro<br>Norwegen<br>Polen<br>Rumänien<br>Serbien<br>Slowakei<br>Slowenien<br>Spanien<br>Schweden<br>Ukraine | Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) <i>oder</i> Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)*<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) |
| Rumänisch       | Bosnien und Herzegowina<br>Ungarn<br>Serbien<br>Ukraine  | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Rätoromanisch   | Schweiz  | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)  |
| Russisch        | Armenien<br>Finnland<br>Polen<br>Rumänien<br>Ukraine   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)  |
| Ruthenisch      | Bosnien und Herzegowina<br>Kroatien<br>Ungarn<br>Rumänien<br>Serbien<br>Slowakei   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Saterfriesisch  | Deutschland  | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)  |
| Schottisch      | Vereinigtes Königreich   | Teil II (Artikel 7)  |

|   |   |   |
|---|---|---|
| Schottisch-Gälisch  | Vereinigtes Königreich  | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Serbisch  | Kroatien<br>Ungarn<br>Rumänien<br>Slowenien   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)  |
| Skoltsami   | Finnland<br>Norwegen  | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)  |
| Slowakisch  | Österreich<br>Bosnien und Herzegowina<br>Kroatien<br>Tschechische Republik<br>Ungarn<br>Polen<br>Rumänien<br>Serbien<br>Ukraine | Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14) |
| Slowenisch  | Österreich<br>Bosnien und Herzegowina<br>Kroatien<br>Ungarn   | Teil II (Artikel 7) <i>oder</i> Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)*<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Südsamisch  | Norwegen<br>Schweden  | Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7)  |
| Schwedisch  | Finnland  | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Tatarisch   | Finnland<br>Polen<br>Rumänien   | Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)   |
| Türkisch  | Bosnien und Herzegowina<br>Rumänien   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)  |
| Ukrainisch  | Armenien<br>Bosnien und Herzegowina<br>Kroatien<br>Ungarn<br>Polen<br>Rumänien<br>Serbien<br>Slowakei                           | Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)                             |
| Ulster-Schottisch   | Vereinigtes Königreich  | Teil II (Artikel 7)   |
| Obersorbisch  | Deutschland   | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Valencianisch   | Spanien   | Teil II (Artikel 7) <i>oder</i> Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)*  |
| Walachisch  | Serbien   | Teil II (Artikel 7)   |
| Walisisch   | Vereinigtes Königreich  | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Jenisch   | Schweiz   | Teil II (Artikel 7)   |
| Jesidisch   | Armenien  | Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| Jiddisch  | Armenien<br>Bosnien und Herzegowina<br>Finnland<br>Niederlande<br>Polen<br>Rumänien<br>Schweden<br>Ukraine                      | Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)<br>Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8-14)   |
| <b>Gesamt:</b><br><i>Die Charta gilt für 84 Sprachen, ...</i> | <i>die von 206 Minderheiten oder Sprachgemeinschaften gebraucht werden, von denen</i>   | <i>... 76 nur unter Teil II und 122 unter die Teile II und III fallen. Die Sprachen von 8 Sprachgemeinschaften gehören zu beiden vorstehenden Kategorien, abhängig von der Region.</i>  |

**Anhang 3**
**Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten**  
**SEV-Nr.: 157**

**Zeichnung**  
 Ort: Straßburg  
 Datum: 1/2/1995

**Inkrafttreten**  
 Bedingungen: 12 Ratifizierungen.  
 Datum: 1/2/1998

**Datum 16/1/2012**

Mitgliedstaaten des Europarats

| Staaten                                     | Unterzeichnung | Ratifizierung | Inkrafttreten | Hinw. | V. | E. | O. | T. | M. | Ew |
|---|----------------|---------------|---------------|-------|----|----|----|----|----|----|
| Albanien                                    | 29/6/1995      | 28/9/1999     | 1/1/2000      |       |    |    |    |    |    |    |
| Andorra                                     |                |               |               |       |    |    |    |    |    |    |
| Armenien                                    | 25/7/1997      | 20/7/1998     | 1/11/1998     |       |    |    |    |    |    |    |
| Aserbaidshan                                |                | 26/6/2000 b   | 1/10/2000     |       |    | X  |    |    |    |    |
| Belgien                                     | 31/7/2001      |               |               |       | X  |    |    |    |    |    |
| Bosnien und Herzegowina                     |                | 24/2/2000 b   | 1/6/2000      |       |    |    |    |    |    |    |
| Bulgarien                                   | 9/10/1997      | 7/5/1999      | 1/9/1999      |       |    | X  |    |    |    |    |
| Dänemark                                    | 1/2/1995       | 22/9/1997     | 1/2/1998      |       |    | X  |    |    |    |    |
| Deutschland                                 | 11/5/1995      | 10/9/1997     | 1/2/1998      |       |    | X  |    |    |    |    |
| Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien | 25/7/1996      | 10/4/1997     | 1/2/1998      |       |    | X  |    |    |    |    |
| Estland                                     | 2/2/1995       | 6/1/1997      | 1/2/1998      |       |    | X  |    |    |    |    |
| Finnland                                    | 1/2/1995       | 3/10/1997     | 1/2/1998      |       |    |    |    |    |    |    |
| Frankreich                                  |                |               |               |       |    |    |    |    |    |    |
| Georgien                                    | 21/1/2000      | 22/12/2005    | 1/4/2006      |       |    |    |    |    |    |    |
| Griechenland                                | 22/9/1997      |               |               |       |    |    |    |    |    |    |
| Irland                                      | 1/2/1995       | 7/5/1999      | 1/9/1999      |       |    |    |    |    |    |    |
| Island                                      | 1/2/1995       |               |               |       |    |    |    |    |    |    |
| Italien                                     | 1/2/1995       | 3/11/1997     | 1/3/1998      |       |    |    |    |    |    |    |
| Kroatien                                    | 6/11/1996      | 11/10/1997    | 1/2/1998      |       |    |    |    |    |    |    |
| Lettland                                    | 11/5/1995      | 6/6/2005      | 1/10/2005     |       |    | X  |    |    |    |    |
| Liechtenstein                               | 1/2/1995       | 18/11/1997    | 1/3/1998      |       |    | X  |    |    |    |    |
| Litauen                                     | 1/2/1995       | 23/3/2000     | 1/7/2000      |       |    |    |    |    |    |    |
| Luxemburg                                   | 20/7/1995      |               |               |       |    | X  |    |    |    |    |
| Malta                                       | 11/5/1995      | 10/2/1998     | 1/6/1998      |       | X  | X  |    |    |    |    |
| Moldau                                      | 13/7/1995      | 20/11/1996    | 1/2/1998      |       |    |    |    |    |    |    |
| Monaco                                      |                |               |               |       |    |    |    |    |    |    |
| Montenegro                                  |                | 11/5/2001 b   | 6/6/2006      | 54    |    |    |    |    |    |    |
| Niederlande                                 | 1/2/1995       | 16/2/2005     | 1/6/2005      |       |    | X  |    | X  |    |    |

|                        |           |             |           |    |   |  |  |  |  |  |
|------------------------|-----------|-------------|-----------|----|---|--|--|--|--|--|
| Norwegen               | 1/2/1995  | 17/3/1999   | 1/7/1999  |    |   |  |  |  |  |  |
| Österreich             | 1/2/1995  | 31/3/1998   | 1/7/1998  |    | X |  |  |  |  |  |
| Polen                  | 1/2/1995  | 20/12/2000  | 1/4/2001  |    | X |  |  |  |  |  |
| Portugal               | 1/2/1995  | 7/5/2002    | 1/9/2002  |    |   |  |  |  |  |  |
| Rumänien               | 1/2/1995  | 11/5/1995   | 1/2/1998  |    |   |  |  |  |  |  |
| Russland               | 28/2/1996 | 21/8/1998   | 1/12/1998 |    | X |  |  |  |  |  |
| San Marino             | 11/5/1995 | 5/12/1996   | 1/2/1998  |    |   |  |  |  |  |  |
| Schweden               | 1/2/1995  | 9/2/2000    | 1/6/2000  |    | X |  |  |  |  |  |
| Schweiz                | 1/2/1995  | 21/10/1998  | 1/2/1999  |    | X |  |  |  |  |  |
| Serbien                |           | 11/5/2001 b | 1/9/2001  | 54 |   |  |  |  |  |  |
| Slowakei               | 1/2/1995  | 14/9/1995   | 1/2/1998  |    |   |  |  |  |  |  |
| Slowenien              | 1/2/1995  | 25/3/1998   | 1/7/1998  |    | X |  |  |  |  |  |
| Spanien                | 1/2/1995  | 1/9/1995    | 1/2/1998  |    |   |  |  |  |  |  |
| Tschechische Republik  | 28/4/1995 | 18/12/1997  | 1/4/1998  |    |   |  |  |  |  |  |
| Türkei                 |           |             |           |    |   |  |  |  |  |  |
| Ukraine                | 15/9/1995 | 26/1/1998   | 1/5/1998  |    |   |  |  |  |  |  |
| Ungarn                 | 1/2/1995  | 25/9/1995   | 1/2/1998  |    |   |  |  |  |  |  |
| Vereinigtes Königreich | 1/2/1995  | 15/1/1998   | 1/5/1998  |    |   |  |  |  |  |  |
| Zypern                 | 1/2/1995  | 4/6/1996    | 1/2/1998  |    |   |  |  |  |  |  |

## Nichtmitgliedstaaten des Europarats

| Staaten | Unterzeichnung | Ratifizierung | Inkrafttreten | Hinw. | V. | E. | O. | T. | M. | Ew |
|---------|----------------|---------------|---------------|-------|----|----|----|----|----|----|
|---------|----------------|---------------|---------------|-------|----|----|----|----|----|----|

|   |    |
|---|----|
| Gesamtzahl der Unterzeichnungen ohne Ratifizierung: | 4  |
| Gesamtzahl der Ratifizierungen/Beitritte:           | 39 |

**Hinweise:**

(54) Datum des Beitritts des Staatenbundes Serbien und Montenegro.  
 b.: Beitritt - na.: Nachfolge - r.: Unterzeichnung "ad referendum" - u.: Unterzeichnung ohne Vorbehalt der Ratifizierung.

V.: Vorbehalte - E.: Erklärungen - O.: Obrigkeiten - T.: Territorialer Anwendungsbereich - M.: Mitteilungen - Ew: Einwand.

Quelle: Vertragsbüro auf <http://conventions.coe.int>